

Ratsgruppe Solingen AKTIV, 4. Mai 2009

An Herrn Oberbürgermeister Franz Haug
An die Fraktionen des Rates der Stadt Solingen zur Kenntnis

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Haug,
bereits bei der letzten Ratssitzung hatte unsere Ratsgruppe beantragt, die Diskussion über die Auswirkungen der aktuellen Weltwirtschaftskrise für die Stadt Solingen und ihre Bürgerinnen und Bürger, sowie mögliche Maßnahmen und Schlussfolgerungen auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu bringen. Leider wurde dieser Vorschlag bisher nicht aufgegriffen.

- 5 Millionen Euro weniger hat unsere Stadt im ersten Quartal 2009 wegen gesunkener Steuereinnahmen aufgrund der Weltwirtschaftskrise bekommen. Die größten Auswirkungen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, werden erst in den nächsten Quartalen durchschlagen. Der Städtetag rechnet mit Rückgängen bei den Steuereinnahmen der Kommunen um 20% und sinkenden Schlüsselzuweisungen. Damit sind auch die momentan geltende Haushaltsplanung und die perspektivische Finanzkalkulation infrage gestellt und müssen grundlegend überdacht werden.
- Die Konjunkturpakete der Regierung bringen uns etwas Spielraum für Investitionen - wegen der steuerlichen Erleichterungen, die mit dem Konjunkturpaket II gleichzeitig beschlossen wurden, ist ab 2010 zugleich mit starken Einnahmeausfällen zu rechnen. Der Kämmerer geht für Solingen von rund drei Millionen Euro aus.
- 1428 Menschen meldeten sich im April 2009 in Solingen arbeitslos, über 180 mehr als noch vor einem Jahr. Die offizielle Arbeitslosigkeit in Solingen ist wieder über 8.000 gestiegen.
- Bereits 263 Solinger Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet, mit Tausenden betroffenen Arbeitnehmern bzw. Familien, für die das mehrere Hundert Euro Einkommensverluste im Monat bedeutet.
- Besonders dramatisch entwickelt sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt mit 800 nicht vermittelten Bewerbern. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen ist in Solingen um 25% (!) zurück gegangen.
- Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und geminderten Einnahmen von Beschäftigten werden mittel- und langfristig die Sozialausgaben der Stadt weiter erhöhen. Z.B. werden derzeit Tausende Leiharbeiter arbeitslos, die wegen ihrer geringen Einkünfte vielfach selbst von den Zahlungen des Arbeitslosengeldes I nicht leben können und zusätzliche Gelder beantragen werden müssen.

- Wie in allen Fällen der Verschlechterung der Lebenslage der Menschen werden auch hierunter besonders Kinder und Jugendliche zu leiden haben.

Nun werden sie sicherlich entgegnen, dass die Stadt auf die meisten dieser Entwicklungen wenig direkten Einfluss hat. Damit haben sie zweifellos Recht und das „Spardiktat“ des Landes engt unseren Gestaltungsspielraum – und auch die „kommunale Selbstverwaltung“ bis zu einem unerträglichen Maße ein. Dennoch wäre es eine Bankrotterklärung der Kommunalpolitik, sich mit diesen Themen deshalb einfach gar nicht zu befassen! Unserer Meinung nach gibt es Spielräume, die auch unsere Stadt zugunsten der Bürgerinnen und Bürger nutzen könnte. In der Gemeindeordnung wird die Verantwortung der Stadträte für das Gemeinwohl der Bürger hervor gehoben. Dieses dürfte mit dieser Weltwirtschaftskrise wohl in einem Maße betroffen sein, wie es in den letzten Jahrzehnten selten der Fall war. Wir können nicht nachvollziehen, warum diese, das Leben der Solinger Bürgerinnen und Bürger in einem solchen Maße betreffende Problematik, bisher im Stadtrat nicht thematisiert wird.

Auch wenn wir aufgrund unseres Ratsgruppen-Status keinen Tagesordnungspunkt beantragen dürfen, möchten wir sie dringend bitten, auf der nächsten Ratssitzung einen Sachstandsbericht vorzutragen bzw. vortragen zu lassen, evtl. Beschlüsse des Stadtrates vorzubereiten und eine Diskussion zu den Schlussfolgerungen zu ermöglichen.

In anderen Städten wurden durchaus Initiativen in diese Richtung ergriffen: Die Städte des Kreises Recklinghausen protestierte gegen das Spardiktat und haben damit immerhin erreicht, dass sie ihre Investitionen wie geplant in diesem Jahr umsetzen können. Verschiedene kommunalpolitische Initiativen protestieren gegen Spekulationsprojekte wie das Cross-Boarder-Leasing u.ä., die die Kommunen in den Strudel der Spekulation hinein reißen. Von den Fraktionen im Rat der Stadt Bochum wurde eine Resolution für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Opel verabschiedet. In vielen Räten wurden Anträge gestellt, um die Auswirkungen auf die einfachen Menschen zu begrenzen usw.

Wir bitten sie dringend um eine Antwort und die Berücksichtigung unseres Antrages.

Mit freundlichen Grüßen
Ratsgruppe Solingen AKTIV
Gabi Gärtner
Regine Weiß